



Aktenzeichen: 51b/AF 51-4/Bo

Datum: 02.09.2021

Hinweis:

Beratungsfolge: Ausschuss für Familie und Soziales

Soziales und Pflege in Zeiten von CORONA

Die Verwaltung berichtet:

Seit dem Frühjahr 2020 erfolgte und erfolgt die Tätigkeit der Sozialverwaltung im Kontext der pandemiebedingten Rahmenbedingungen. Damit einher ging und geht die parallele, ressourcenintensive Umsetzung pandemiebedingter Erfordernisse. So waren/sind in den durch Lockdown bzw. Lockerungen bestimmten Phasen der Pandemie – nach Maßgabe von Bundes-, Landes- und kommunalen CORONA-Regelungen und in steter Abstimmung mit dem städtischen Krisenstab und assoziierten Kooperationspartner*innen – zum Teil innerhalb kürzester Zeit die erforderlichen Maßnahmen zu erfassen, umzusetzen und auf deren Wirksamkeit hin zu überprüfen. Nicht selten traten Regelungen auch in so kurzfristiger Abfolge in Kraft, dass tagesaktuelle Anpassungen in eben diesem Rhythmus erforderlich waren.

Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend Einschätzungen der pandemiebedingten Auswirkungen und der umgesetzten Maßnahmen dargelegt. Informationen zum Thema "Familie und Jugend in Zeiten von CORONA" werden in der Drucksache XVII/1789 berichtet. In das Protokoll wird ein zusammenfassender Hinweis zu den bisherigen Berichten zum Thema "CORONA" aufgenommen.

Soziales

Coronabedingte Auswirkungen sind im Bereich der SGB II-Leistungen sowie der Leistungen für Grundsicherung und Asyl bisher nicht festzustellen. Die Fallzahlen haben sich seit Beginn der Pandemie nicht wesentlich verändert. Möglicherweise kann es hier noch zu einer Erhöhung der Fallzahlen kommen, wenn Personen, die durch die Pandemie ihre Arbeitsstelle verloren haben, aus dem Bezug für

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Arbeitslosengeld I herausfallen und dann in den Bezug von Arbeitslosengeld II kommen. Zur Abmilderung der möglichen finanziellen Belastungen aufgrund der Pandemie haben Bund, Land und Kommune verschiedene Programme aufgelegt, die den Betroffenen Sachleistungen, wie z.B. Masken, kostenfrei bereitgestellt haben, aber auch Geldleistungen wurden gewährt (Coronasonderzahlung für alle Personen im Bezug im Mai 2021 in Höhe von 150,-- €, Kinderfreizeitbonus im August 2021 in Höhe von 100,-- € pro Kind).

Im Bereich der Leistungen für Bildung und Teilhabe sind durch die Pandemie große Rückgänge zu verzeichnen, da zahlreiche bisher übernommene Leistungen wie Klassenfahrten oder gemeinsame Mittagsverpflegung durch die Schul- oder Kitaschließungen nicht angeboten werden konnten.

Im Bereich Asyl wurden die o.g. Sonderzahlungen ebenfalls geleistet und durch die Kommune selbst finanziert, eine explizite Erstattung der Aufwendungen erfolgt nicht.

In den städtischen Gemeinschaftsunterkünften konnte durch die Erstellung eines Konzepts von Anfang an verhindert werden, dass es zu großen Krankheitsausbrüchen mit kompletter Quarantäne einer gesamten Unterkunft gekommen ist. Durch die Vielzahl der untergebrachten Personen konnte allerdings nicht verhindert werden, dass einige wenige Positivfälle zu verzeichnen waren. Durch geeignete Maßnahmen war es dennoch möglich, auch hier eine Komplettspernung der Einrichtung zu verhindern, so dass nur einzelne Quarantänemaßnahmen umgesetzt wurden, die maximal die Separierung eines Stockwerks in der Albertstraße nach sich gezogen hat. Seit Beginn des Jahres 2021 kam es zu keinem weiteren Positivfall in den Unterkünften, was sicherlich auch auf die kontinuierliche Sensibilisierung und ein striktes Einhalten der erarbeiteten Hygiene- und Sicherheitsvorgaben zurückzuführen ist. Durch eine gemeinsame Impfkampagne des Landes und der Stadt konnten rd. 60% der Bewohner*innen geimpft werden. Auch weiterhin wird durch gezielte Aufklärung angestrebt, noch nicht geimpfte Bewohner*innen, die der Immunisierung zum Teil skeptisch gegenüberstehen, von der Notwendigkeit des Impfschutzes zu überzeugen.

Im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Beeinträchtigungen mussten seit Beginn der Pandemie mit die größten Einschränkungen verzeichnet werden; so

waren zahlreiche Angebote wie Werkstätten, Tagesstätten oder Tagesförderstätten bereits zu Beginn der Pandemie teilweise oder vollständig geschlossen. Die Leistungserbringer haben dann in Zusammenarbeit mit dem Land und den Kommunen Alternativangebote bereitgestellt. Mit den gewonnenen Erkenntnissen der Pandemiebekämpfung konnten die Einschränkungen nach und nach aufgehoben oder zumindest abgemildert werden.

Bei den ambulanten Assistenzleistungen bzw. bei den Teilhabeplanungen waren ebenfalls Einschränkungen zu verzeichnen, da oftmals der erforderliche persönliche Kontakt nicht möglich war. Die Leistungsanbieter und die Kommune konnten dies durch digitale Alternativen kompensieren. Im Rückblick bleibt jedoch festzuhalten, dass digitale Alternativen einen persönlichen Kontakt nur bedingt ersetzen können. In der Kooperation mit den Leistungserbringern hat die Kommune flexible Finanzierungsoptionen für Leistungen schaffen können, die aufgrund der Pandemie nicht oder nur teilweise erbracht werden konnten.

Pflege¹

Coronabedingte Auswirkungen auf pflegebedürftige Menschen und ihre Familien

Im Bereich der Pflege waren und sind Auswirkungen auf die Familien, auf die pflegebedürftigen Menschen und ihre (pflegenden) Angehörigen zu beobachten. Beispielsweise fokussierte sich der Pflegealltag allein auf die Häuslichkeit in der Zeit, als Entlastungsangebote (z.B. Tagespflege, Betreuungsmöglichkeiten als psychosoziale und körperliche Aktivierungsmöglichkeit für Pflegebedürftige und Entlastungsmöglichkeit für Angehörige, soziale Treffpunkte, Mittagstische usw.) CORONA-bedingt schließen mussten. Insbesondere Familien mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen waren hier vor besondere Herausforderungen gestellt. Sichtbar wurden sowohl Überlastungstendenzen als auch die Aktivierung und Stärkung familiärer Unterstützungspotenziale. Zu Beginn der Pandemie – zum Teil aus Unsicherheit oder Infektionen befürchtend – wurden Unterstützungs- und Pflegeangebote in der Häuslichkeit reduziert oder vorübergehend gänzlich abgesagt; dies war im Herbst und Winter 2020 nicht mehr gleichermaßen der Fall. Geplante medizinische Behandlungen erfolgten zum Teil zeitverzögert, entweder aufgrund von Terminverschiebungen im Gesundheitswesen oder aufgrund von persönlichen Absagen aus Angst vor einer

¹ Die Informationen basieren auf Informationen des Austauschs von Fach- und Führungskräften im Rahmen der Regionalen Pflegekonferenz im Juni 2021 (Rückblick, Status und Ausblick) sowie auf Informationen im Kontext des städtischen CORONA-Krisenstabs 2020-2021.

Infektion. Infolgedessen zeigte sich bei Betroffenen zum Teil eine Veränderung von Gesundheitszustand (körperlich, kognitiv, Allgemeinzustand) und Wohlbefinden.

Die Besuchseinschränkungen in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern waren eine besondere, als psychosozial einschränkend und sehr belastend wahrgenommene, Herausforderung – für die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen ebenso wie für die Einrichtungen. Telefonische und digitale Kommunikationsformate sowie das Internet haben an Bedeutung gewonnen und wurden/werden, z.B. in Beratungssettings, vermehrt genutzt und von den Angehörigen auch angenommen. Für den Sommer 2021 zeigte sich im Zuge der schrittweisen Öffnungen Entlastung bei pflegebedürftigen Menschen, Angehörigen, Diensten und Einrichtungen.

Im Kontext der pflegerischen Versorgung waren pandemiebedingt auch die zahlreichen Ehrenamtlichen sowie die das Ehrenamt begleitenden Fachkräfte vor besondere Herausforderungen gestellt. So fanden zeitweise Einsätze im persönlichen Kontakt nicht mehr statt, geplante Kurse (z.B. Gruppentreffen; Ausbildungen) wurden verschoben bzw., wenn möglich, auf ein anderes Format umgestellt.

Coronabedingte Herausforderungen für Einrichtungen / Organisationen und Kommunikation

Die besondere Herausforderung der Einrichtungen bestand darin, den Schutz vor Infektionen stets sicherzustellen, CORONA-Geschehen zu bewältigen (strukturell und in der individuellen pflegerischen Versorgung) sowie flexibel und zum Teil innerhalb kürzester Zeit die Maßgaben von Bundes-, Landes- und kommunalen CORONA-Regelungen zu erfassen, umzusetzen und auf Wirksamkeit hin zu überprüfen. Die zentralen Themen waren hier – je nach Zeitpunkt in der Pandemie: Desinfektionsmittel und Schutzausrüstung, Reduktion/Schließung/Öffnung von Angeboten, Infektionsschutz und Teilhabe, Hygienemaßnahmen, Testung und Impfung. Die pandemiebedingten Erschwernisse, inkl. Schließung, von Pflege- und Gesundheitseinrichtungen stellten auch für Einrichtungen und deren Mitarbeiter*innen eine große Herausforderung in der Erbringung der personenbezogenen körpernahen Dienstleistungen dar, welche mit hoher Resilienz, aber auch Rekreationsbedarf nach 1,5 Jahren Einsatz in der Pandemie verbunden war/ist.

Die kurzfristige Schaffung von und Umstellung auf mediale (telefonische / digitale) Beratungs-, Begleitungs- und Begutachtungsformate wurde als aufwendig beschrieben und ging mit Veränderungen der bisherigen Arbeitsabläufe einher. Dies betraf sowohl die Digitalisierung von Teamarbeit innerhalb der eigenen Organisationen als

auch die Netzwerkarbeit mit Kolleg*innen anderer Organisationen. Ebenfalls waren Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit pandemiebedingt nur eingeschränkt möglich. Trotz der Herausforderungen für die einzelnen Organisationen wurden eine Festigung/Stärkung der Zusammenarbeit sowie neue und auch "unbürokratische" Kooperationen berichtet.

Pflegerrelevante Maßnahmen im Kontext des Krisenstabs der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Die Entwicklung von Maßnahmen erfolgte auf struktureller Ebene mit den Führungskräften der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen im Kontext des städtischen Krisenstabes. Die Maßnahmen unterstützten die Pflegeeinrichtungen in der Umsetzung CORONA-bedingter Anforderungen und in der Bewältigung CORONA-bedingter Herausforderungen und somit auch die von ihnen begleiteten hilfe- und pflegebedürftigen Menschen sowie deren Angehörige.

Die Maßnahmen umfassten im Verlauf der Pandemie den regelhaften (sofern möglich) persönlichen sowie telefonfonischen/digitalen Austausch mit den Frankenthaler Pflegeeinrichtungen zu pflegerrelevanten Fragen der Pandemie. Hierzu gehörte auch die sukzessive Erweiterung des Krisennetzwerkes je nach Lage und Schwerpunkt der Anforderungen (z.B. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie/MSAGD, jetzt MASTD; Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, LSJV; Gesundheitsamt, niedergelassene Ärzt*innen, Katastrophenschutz/Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Bundeswehr, Impfzentrum). Stets war eine kurzfristige, schnelle und pragmatische Lösungssuche notwendig, um die sich in den Hochphasen der Pandemie im Kontext von Bundes-, Landes- und kommunalen Regelungen und die sich – zum Teil tagesaktuell verändernden Herausforderungen – gemeinsam und bestmöglich zum Wohle und zum Schutz der Bürger*innen zu bewältigen.

Im Frühjahr und Sommer 2020 stand die Unterstützung bei der Versorgung mit Persönlicher Schutzausrüstung (Mund-Nasen-Schutz, Desinfektionsmittel, Schutzausrüstung) im Vordergrund, ebenso die Unterstützung bei und die Vernetzung mit den im Aufbau befindlichen CORONA-Testmöglichkeiten sowie Pandemieplanung, inkl. "Notpflegeeinrichtungen". Im Herbst 2020 bis über den Jahreswechsel 2020/2021 hinaus stand im – lagebedingt – intensivierten Austausch die Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Teststrategie, die gemeinsame Lagebeobachtung bei hohem Infektionsgeschehen im Stadtgebiet sowie gleichzeitige Abstimmungen zur Imp-

fung pflegebedürftiger Menschen und Pflegepersonal – insbesondere zur Realisierung der Impfungen in den Frankenthaler Pflegeheimen – im Vordergrund. Die Impfungen im Rahmen der landesweiten Impfkampagne in Pflegeheimen erfolgten in den Frankenthaler Einrichtungen zwischen Ende Dezember 2020 und Mitte Februar 2021 – sowie fortlaufend.

Parallel dazu wurde in gemeinsamer Abstimmung die Teststrategie weiterentwickelt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass per Landesverordnung eine Verknüpfung der lokalen Inzidenzzahlen mit einer je nach Lage verpflichtenden bzw. freiwilligen Testung von Pflegeheimbesucher*innen erlassen wurde. Um Besuche im Rahmen der geltenden Regelungen – insbesondere bei bestehender Testpflicht – zu ermöglichen wurden Vernetzungen zur flankierenden Unterstützung der Pflegeheime durch Frankenthaler Hilfsorganisationen und die Bundeswehr hergestellt. Im Zuge sinkender Infektionszahlen und des Aufbaus der Schnelltestzentren im Stadtgebiet konnte der Einsatz der Hilfsorganisationen und der Bundeswehr in den Pflegeheimen schrittweise reduziert bzw. dann ganz beendet werden.

Die Öffnungsschritte im Sommer 2021 waren/sind – wie die Einleitung und Umsetzung von CORONA-Schutzmaßnahmen – jeweils mit einem hohen Ressourceneinsatz verbunden.

Abschließend ist festzustellen, dass die pflegerische Versorgung der Frankenthaler Bürger*innen immer aufrechterhalten werden konnte. Die auf verschiedenen Ebenen der Reflexion der Pandemie immer wieder benannte notwendige Vernetzung von Pflegeeinrichtungen mit den Krisenstrukturen vor Ort wurde in der Stadt Frankenthal (Pfalz) – von Beginn der Pandemie an – erfolgreich etabliert, umgesetzt und lagebezogen angepasst/weiterentwickelt. Den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, den Fach- und Führungskräften in der Pflege und den assoziierten Organisationen und Trägern, den Auszubildenden, den vielen ehrenamtlich Tätigen & Allen Nichtgenannten gilt besonderer Dank für ihre Resilienz und den unermüdlichen Einsatz in der Pandemie.

Trotz fortschreitender Impfungen bleibt bei steigenden Inzidenzzahlen Wachsamkeit geboten, so dass die etablierten Kommunikationsstrukturen, je nach Entwicklung der CORONA-Lage, jederzeit aktivierbar sind.

Pflegebedürftige in der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Die turnusmäßig alle zwei Jahre (im ungeraden Jahr) erhobene SGB-XI-Pflegestatistik weist für das Jahr 2019 N=2.253 Frankenthaler Bürger*innen aus, die Leistungen der Pflegeversicherung bezogen. Davon wurden N=1.761 (78%) (kreisfreie Städte RLP: 79%) zu Hause ausschließlich von Angehörigen und/oder von einem ambulanten Pflegedienst begleitet, N=492 (22%) (kreisfreie Städte RLP: 21%) pflegebedürftige Menschen lebten in einem der Frankenthaler Alten- und Pflegeheime (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Statistische Berichte 2021, Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger*innen am 15. bzw. 31. Dezember 2019).

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

In Vertretung

Leidig

Beigeordneter